

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

HESSEN

686 Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche

Sozialminister Armin Clauss hat 8,5 Millionen DM für den Bau eines zweiten hessischen Berufsbildungswerkes in Karben bei Frankfurt bewilligt. Für die 320 Ausbildungsplätze in dieser Einrichtung (davon 150 im Internat) wird mit Investitionskosten von 48,3 Millionen DM gerechnet, von denen das Land Hessen und der Landeswohlfahrtsverband zusammen 35 Prozent tragen; den Rest übernehmen das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit, letztere wird auch später die laufenden Kosten tragen.

In Arolsen bei Kassel ist bereits im Frühjahr mit dem Bau einer ähnlichen Einrichtung für 258 Körperbehinderte und 108 lernbehinderte Jugendliche begonnen worden. Der Sozialminister rechnet damit, daß diese beiden Einrichtungen nach ihrer Fertigstellung den gesamten hessischen Bedarf an Ausbildungsplätzen für jugendliche Behinderte decken werden. WZ

NIEDERSACHSEN

Schnipkoweit hält ein Rettungsgesetz für unnötig

Bei der Einweihung der neuen Landesgeschäftsstelle des Malteser-Hilfsdienstes in Hannover hat Sozialminister Hermann Schnipkoweit die Auffassung geäußert, für Niedersachsen sei ein Rettungsgesetz nicht erforderlich. Die Zusammenarbeit der Rettungsorganisation untereinander, die in anderen Bundesländern durch Gesetz geregelt wird, könne in Niedersachsen durch eine Vereinbarung sichergestellt werden, in die auch das Land, die Kommunen und die Krankenkassen einbezogen werden sollten. Das Land Niedersachsen habe seinen guten Willen bewiesen, als es im vergangenen Jahr den fünfzigprozentigen

Zuschuß zur Ausbildung von Rettungssanitätern eingeführt habe. Die andere Hälfte der Ausbildungskosten sollte nach Meinung des Ministers auf die Benutzungsentgelte umgelegt werden. WZ

NORDRHEIN-WESTFALEN

Modellversuch mit Krebs-Nachsorge-Paß

Durch einen Modellversuch will die Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Frauenärzte in Essen, die etwa 30 Mitglieder hat, dazu beitragen, daß die Nachsorge nach Krebserkrankungen, insbesondere nach gynäkologischen Krebserkrankungen, verbessert wird. Die Arbeitsgemeinschaft hat hierfür einen Nachsorge-Paß und eine Nachsorge-Karteikarte entwickelt und zunächst aus eigenen Mitteln eine Anfangsausgabe drucken lassen, die an 600 Ärzte im Ruhrgebiet verteilt wurde. Den Nachsorge-Paß soll die Patientin ständig bei sich tragen. In ihm werden die jeweils vorgenommenen Nachuntersuchungen und der Termin der nächsten Untersuchung eingetragen. Die Nachsorge-Karteikarte, die auch die bei den jeweiligen Untersuchungen ermittelten Befunde erhält, verbleibt beim betreuenden Arzt.

In einer Pressekonferenz der Ärztekammer Nordrhein, in der das Modell vorgestellt wurde, wies der Essener Frauenarzt Dr. Ulrich Keuter darauf hin, daß die Krebs-Nachsorge gerade für Patientinnen auf medizinischem, auf psychischem und auf sozialem Gebiet verbessert werden müsse. Dazu wolle die Aktion beitragen. Die bisherigen Schwachstellen der Krebsnachsorge lägen unter anderem in der Regelmäßigkeit der Nachuntersuchungen, in der Zusammenarbeit zwischen Klinik und Praxis – um deren Verbesserung man sich in Essen schon seit einiger Zeit mit Erfolg bemüht –, ferner in der Resozialisierung, der Beratung und der psychischen Be-

treuung von Krebspatientinnen. Es sei „kein Wunder“, daß sich in der Bundesrepublik überall Frauenselbsthilfegruppen gebildet hätten.

Die Sprecherin der Essener Frauenselbsthilfegruppe begrüßte vor der Presse den Modellversuch gerade auch unter den Gesichtspunkten der psychischen Betreuung von Krebspatientinnen: Die ständige Erinnerung an den nächsten Untersuchungstermin enthalte unausgesprochen das zum Beispiel für Brustamputierte Frauen so wichtige Argument, daß das Leben weitergeht und daß man „auch mit einem Krebs leben kann“.

Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Friedrich Wilhelm Koch, begrüßte ausdrücklich die Aktion der Essener Frauenärzte. Er erinnerte daran, daß die Ärztekammer selbst bei ähnlichen Initiativen, bei denen der ärztliche Einsatz für den Patienten im Vordergrund stand – zum Beispiel bei der Aktion „Mehr Menschlichkeit im Krankenhaus“ –, nicht immer nur auf Zustimmung gestoßen sei. Im übrigen bezeichnete Dr. Koch die psychische Nachbetreuung von Krebspatientinnen als genauso wichtig wie die medizinische und gab daher zu bedenken, ob die niedergelassenen Ärzte die Betreuung der Nachsorgepatientinnen ebenso außerhalb der Sprechstunden vornehmen sollten wie die Vorsorge.

Die Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Frauenärzte in Essen hofft für einen Neudruck des Nachsorge-Passes und der Nachsorge-Karteikarte auf einen finanziellen Zuschuß aus dem nordrheinwestfälischen Gesundheitsministerium. Sie will im übrigen die Entwicklung des Modellversuches zunächst ein Jahr lang beobachten und dann in etwa zwei Jahren in Essen zu einem Erfahrungsaustausch einladen mit dem Ziel, daß schließlich ein bundeseinheitlicher Nachsorge-Paß eingeführt werden kann. gb